

Verfassungsorgane

Gruppen:

1. Bundeskanzler
2. Bundespräsident
3. Bundesverfassungsgericht
4. Bundesrat

Inhalt:

1. Allgemeine Bedeutung des Verfassungsorgan
2. Zusammensetzung (Wie wird es gewählt/bestimmt)
3. Aufgaben (die drei - vier wichtigsten mit Beispiel)
4. Zuordnung

1. Bundeskanzler

Allgemeine Bedeutung

Der Bundeskanzler ist der Chef der Bundesregierung. Er ist die zentrale Figur der deutschen Politik und entscheidet maßgeblich über den Kurs des Landes.

- Regierungschef: Er führt das Kabinett (die Minister) an.
- Machtzentrum: Während der Bundespräsident eher repräsentiert, trifft der Kanzler die aktiven politischen Entscheidungen.
- Verantwortung: Er ist dem Bundestag gegenüber rechenschaftspflichtig

Zusammensetzung

Der Bundeskanzler wird vom Bundestag (dem Parlament) gewählt. Der Prozess läuft in mehreren Schritten ab:

- Vorschlag: Der Bundespräsident schlägt dem Bundestag eine Person zur Wahl vor (meist den Kandidaten der stärksten Partei/Koalition).
- Wahl: Die Abgeordneten des Bundestages wählen in geheimer Wahl.
- Kanzlermehrheit: Um im ersten Wahlgang gewählt zu werden, benötigt der Kandidat die absolute Mehrheit (mehr als die Hälfte aller Abgeordnetenstimmen).
- Ernennung: Nach der Wahl wird der Kanzler vom Bundespräsidenten offiziell ernannt und leistet seinen Amtseid.

Aufgaben

Der Kanzler hat drei zentrale Prinzipien, nach denen er arbeitet:

Richtlinienkompetenz: *Der Kanzler bestimmt die Grundzüge der Politik. Er gibt den Rahmen vor, an den sich alle Minister halten müssen.*

Beispiel: Er entscheidet, dass Klimaschutz das wichtigste Ziel der aktuellen Regierung ist.

Kabinettsbildung: *Er wählt die Bundesminister aus und schlägt sie dem Bundespräsidenten zur Ernennung oder Entlassung vor. Er entscheidet auch, wie viele Ministerien es gibt.*

Beispiel: Der Kanzler entscheidet, wer Außenminister oder Gesundheitsminister wird.

Befehls- und Kommandogewalt (im Verteidigungsfall): *Normalerweise liegt die Macht über die Bundeswehr beim Verteidigungsminister. Sobald Deutschland aber angegriffen wird (Verteidigungsfall), geht diese Macht auf den Kanzler über.*

Beispiel: Im Falle eines Krieges trifft der Kanzler die militärischen Oberbefehle.

Zuordnung

Der Bundeskanzler (zusammen mit seiner Regierung) ist der Kern der Exekutive (vollziehende Gewalt).

Seine Aufgabe ist es, die Gesetze, die das Parlament (Legislative) beschlossen hat, im Alltag auszuführen und den Staat zu verwalten.

Besonderheit: Da der Kanzler meistens auch der Chef der größten Fraktion im Bundestag ist, arbeitet er sehr eng mit der Legislative zusammen, um seine politischen Ziele durchzusetzen.

Fun Facts

Wusstet ihr, dass der Kanzler theoretisch so lange im Amt bleiben kann, wie er wiedergewählt wird? Es gibt im Gegensatz zum Bundespräsidenten keine Begrenzung der Amtszeiten. (Helmut Kohl und Angela Merkel waren z.B. jeweils 16 Jahre im Amt).

2. Bundespräsident

Allgemeine Bedeutung

Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland. Seine Rolle ist bewusst neutral und überparteilich gestaltet.

- Integrationsfigur: Er soll das Volk einen und über dem täglichen politischen Streit stehen.
- Staatsnotar: Er prüft, ob Gesetze nach den Regeln der Verfassung zustande gekommen sind.
- Repräsentant: Er vertritt Deutschland nach innen (gegenüber den Bürgern) und nach außen (gegenüber anderen Staaten).

Zusammensetzung (Wahl und Amtszeit)

Der Bundespräsident wird nicht direkt vom Volk gewählt, sondern von der Bundesversammlung.

Die Bundesversammlung: Dies ist ein Gremium, das nur zu diesem Zweck zusammentritt. Sie besteht aus allen Abgeordneten des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Wahlleuten, die von den Landesparlamenten entsandt werden (oft sind das Politiker, aber auch Prominente wie Sportler oder Künstler).

- Amtszeit: Er wird für 5 Jahre gewählt. Eine anschließende Wiederwahl ist nur ein einziges Mal zulässig.
- Voraussetzungen: Man muss Deutscher sein, das Wahlrecht zum Bundestag besitzen und mindestens 40 Jahre alt sein.

Die wichtigsten Aufgaben

Völkerrechtliche Vertretung & Staatsbesuche: *Er schließt Verträge mit anderen Staaten ab und empfängt ausländische Staatsgäste.*

Beispiel: Der Bundespräsident reist nach Frankreich, um die deutsch-französische Freundschaft zu stärken.

Ausfertigung von Gesetzen: *Bevor ein Gesetz gültig wird, muss er es unterschreiben. Er prüft dabei, ob das Gesetz verfassungswidrig ist.*

Beispiel: Wenn ein Gesetz ohne die nötige Zustimmung des Bundesrates beschlossen wurde, kann er die Unterschrift verweigern.

Vorschlag und Ernennung des Bundeskanzlers: *Er schlägt dem Bundestag einen Kandidaten zur Wahl vor (meist den Sieger der Bundestagswahl) und ernennt diesen offiziell.*

Beispiel: Nach der Wahl ernennt er den gewählten Kanzler und die Bundesminister im Schloss Bellevue.

Reden und moralische Instanz: *Durch Reden setzt er wichtige Themen auf die Tagesordnung und gibt Orientierung.*

Beispiel: Eine Weihnachtsansprache, in der er zu mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft aufruft.

Zuordnung

In der Theorie der Gewaltenteilung wird der Bundespräsident der Exekutive (vollziehende Gewalt) zugeordnet, da er das Staatsoberhaupt ist.

Allerdings nimmt er eine Sonderstellung ein:

- Er ist kein Teil der Regierung (das ist das Kabinett um den Kanzler).

- Er wird oft als eine Art „neutrale vierte Gewalt“ oder „Reservemacht“ angesehen, da er vor allem kontrolliert und repräsentiert, statt aktiv politisch zu steuern.

Fun Facts

Der Amtssitz des Bundespräsidenten ist das Schloss Bellevue in Berlin. Aktuell: Frank-Walter Steinmeier

3. Bundesverfassungsgericht

Allgemeine Bedeutung

Das Bundesverfassungsgericht mit Sitz in Karlsruhe wacht darüber, dass das Grundgesetz eingehalten wird. Es ist unabhängig und steht politisch auf Augenhöhe mit dem Bundestag oder der Regierung.

Letzte Instanz: Seine Entscheidungen sind endgültig und für alle anderen staatlichen Stellen bindend.

Hüter der Grundrechte: Es schützt den einzelnen Bürger vor staatlicher Willkür.

Machtbegrenzung: Es sorgt dafür, dass die Politik den rechtlichen Rahmen der Verfassung nicht verlässt

Zusammensetzung

Das Gericht besteht aus 16 Richterinnen und Richtern, die in zwei Senate (mit jeweils 8 Mitgliedern) aufgeteilt sind.

- Wahlgremien: Die eine Hälfte der Richter wird vom Bundestag gewählt, die andere Hälfte vom Bundesrat. Dies sichert eine breite demokratische Legitimation.
- Mehrheit: Für die Wahl ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Das zwingt die Parteien dazu, sich auf Kandidaten zu einigen, die allgemein als fachlich kompetent und neutral angesehen werden.
- Amtszeit: Die Richter werden für 12 Jahre gewählt (längstens bis zum 68. Lebensjahr). Eine Wiederwahl ist ausgeschlossen, damit sie während ihrer Amtszeit völlig unabhängig entscheiden können, ohne auf eine erneute Wahl schießen zu müssen.

Aufgaben

Das Gericht wird nicht von sich aus aktiv, sondern muss immer angerufen werden („Wo kein Kläger, da kein Richter“).

Verfassungsbeschwerde: *Jeder Bürger kann direkt nach Karlsruhe ziehen, wenn er glaubt, durch den Staat in seinen Grundrechten verletzt zu sein (nachdem alle anderen Gerichte durchlaufen wurden).*

Beispiel: Jemand klagt gegen ein Gesetz, das die Meinungsfreiheit zu stark einschränkt.

Abstrakte Normenkontrolle: *Regierungen oder ein Viertel der Abgeordneten des Bundestages können prüfen lassen, ob ein neues Gesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist.*

Beispiel: Streit um die Verfassungsmäßigkeit der Mietpreisbremse oder des Wahlrechts.

Organstreitverfahren: Wenn Verfassungsorgane (z. B. Bundestag vs. Bundesregierung) über ihre Rechte und Pflichten streiten.

Beispiel: Ein Streit darüber, ob die Regierung den Bundestag ausreichend über Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert hat.

Parteiverbotsverfahren: Nur das BVerfG kann eine politische Partei verbieten, wenn diese die demokratische Grundordnung bekämpft.

Beispiel: Die Verbotsverfahren gegen die NPD (jetzt „Die Heimat“).

Zuordnung

Das Bundesverfassungsgericht ist der Kopf der Judikative (rechtsprechende Gewalt).

Es unterscheidet sich aber von „normalen“ Gerichten:

- Es prüft nicht, ob jemand eine Straftat begangen hat (wie ein Strafgericht), sondern es prüft Recht gegen Recht. Es entscheidet nur über die Auslegung der Verfassung.
- Da es Gesetze der Legislative (Bundestag) für nichtig erklären kann, wird es oft als „Schiedsrichter“ im politischen Spiel bezeichnet.

Fun Fact

Ein kleiner Fakt für euer Referat: Man nennt das Bundesverfassungsgericht auch oft das „Bürgergericht“, weil über 90 % aller Verfahren Verfassungsbeschwerden von ganz normalen Bürgern sind.

4. Bundesrat

Allgemeine Bedeutung

Der Bundesrat ist die Vertretung der 16 Bundesländer auf Bundesebene. Er sorgt dafür, dass die Interessen der Länder (z. B. Bayern, NRW oder Sachsen) bei der Gesetzgebung des Bundes berücksichtigt werden.

- Mitwirkung: Über den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes sowie in Angelegenheiten der EU mit.
- Gegengewicht: Er verhindert, dass der Bundestag (Zentralregierung) allein über die Köpfe der Regionen hinweg entscheidet.

Zusammensetzung

Anders als der Bundestag wird der Bundesrat nicht gewählt. Es gibt dort keine Abgeordneten, sondern Mitglieder der Landesregierungen.

- Mitglieder: Wer in einem Bundesland Minister oder Ministerpräsident ist, kann Mitglied im Bundesrat sein.
- Stimmenverteilung: Jedes Land hat je nach Einwohnerzahl zwischen 3 und 6 Stimmen.

Beispiel: Kleine Länder wie Bremen haben 3 Stimmen, bevölkerungsreiche Länder wie NRW haben 6 Stimmen.

- Blockabstimmung: Ein Land kann seine Stimmen nur einheitlich abgeben. Wenn sich die Regierungsparteien in einem Bundesland uneinig sind, muss sich das Land meist enthalten.

Aufgaben

Der Bundesrat ist ein mächtiges Kontrollorgan im Gesetzgebungsprozess:

Zustimmung zu Gesetzen: Viele Gesetze, die die Finanzen oder die Verwaltung der Länder betreffen, können ohne die ausdrückliche Zustimmung des Bundesrates nicht in Kraft treten ("Zustimmungsgesetze").

Beispiel: Ein neues Steuergesetz, das die Einnahmen der Länder verringert.

Einspruch bei Gesetzen: Bei Gesetzen, die die Länder nicht direkt betreffen ("Einspruchsgesetze"), kann der Bundesrat zumindest Veto einlegen und den Prozess verzögern.

Beispiel: Änderungen im Strafrecht.

Anrufen des Vermittlungsausschusses: Wenn Bundesrat und Bundestag sich nicht einig sind, kann der Bundesrat dieses Gremium einberufen, um einen Kompromiss auszuhandeln.

Beispiel: Ein Streit über die Finanzierung des 49-Euro-Tickets zwischen Bund und Ländern.

Zuordnung

Der Bundesrat gehört eindeutig zur Legislative (gesetzgebende Gewalt).

Er bildet zusammen mit dem Bundestag das parlamentarische System Deutschlands. Man spricht oft von einem Zweikammersystem (auch wenn der Bundesrat technisch gesehen keine "zweite Kammer" wie der US-Senat ist, erfüllt er eine ähnliche Funktion).

Besonderheit: Da im Bundesrat aber Mitglieder der Landes-Exekutiven (Landesminister) sitzen, sind hier gesetzgebende und vollziehende Gewalt personell eng miteinander verknüpft.

Fun Fact

Der Vorsitzende des Bundesrates ist der Bundesratspräsident. Das Amt wechselt jedes Jahr zwischen den Ministerpräsidenten der Länder.

Er ist der „Ersatzmann“ für den Bundespräsidenten: Wenn der Bundespräsident im Urlaub oder krank ist, übernimmt der Bundesratspräsident seine Aufgaben.